



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

In dieser Ausgabe:

- **Stadtumbau Ost: Integrierte Entwicklungskonzepte**
- **SUREURO: Nachhaltige Quartiersentwicklung in Europa**
- **IRS-Werkstattgespräch**
- **Kurz notiert**
- **14. Regionalgespräch**
- **Neu im IRS**
- **WGL: Aus den raumwissenschaftlichen Partner-einrichtungen**
- **Lehrveranstaltungen**
- **Veröffentlichungen**

Die Osterweiterung ...

der Europäischen Union und die deutsch-polnische Grenzregion - Problemlagen und Lernchancen

1. Zum Stand des Erweiterungsprozesses

Die Teilung Europas ist Resultat der weltgeschichtlichen Desaster des letzten Jahrhunderts. Zwar verbinden sich mit der Chance einer friedlichen europäischen Einigung durch die Osterweiterung der Europäischen Union sicherlich auch eine ganze Reihe ökonomisch reizvoller Großprojekte. Die sich dabei öffnenden Chancen weisen aber weit über die ökonomische Sphäre hinaus. An erster Stelle steht die Aufgabe, zentrale Regionen einer gesamteuropäischen Kultur und ihre Ressourcen für das europäische Einigungsprojekt sowie für die Entwicklung der europäischen Städte und Regionen wiederzuentdecken und an das ‚Projekt Europa‘ neu anzuschließen. Dieser epochale Auftrag an die Akteure eines größeren ‚Europa der Regionen‘ wird allerdings flankiert von erheblichen, z.T. eskalierenden Problemlagen, von komplexen sozio-ökonomischen Transformationsprozessen und von regionalkulturellen Verwerfungen im Vorfeld (- sowie voraussichtlich auch im Verlauf -) der EU-Osterweiterung. An den Debatten um den Zeitpunkt

des enorm ehrgeizigen Big Bang im Beitrittsprozess, wonach 2004 acht weitere mittel- und osteuropäische Staaten in die ‚Union der Fünfzehn‘ aufgenommen werden sollen, lässt sich die große Spannung zwischen epochaler Einigungsverpflichtung und faktischen Problemlagen ablesen. Polen beispielsweise, lange Zeit mit der von Balcerowicz verordneten Schocktherapie einer der Vorzeigekandidaten, kämpft mit einem ausufernden Haushaltsdefizit, mit Stagnationsgefahren sowie dem völlig ungelösten, kaum schon überschaubaren Problem der Vorbereitung seiner kleinteiligen Landwirtschaft auf den Integrations- und Marktöffnungsprozess. Obgleich die Beitrittsverhandlungen mit hohem politischen Druck und in knappen Zeitfenstern zügig vorangetrieben werden, bleiben also zentrale Bereiche im Vorfeld des Einigungsprozesses bislang ungelöst:

- neben der Landwirtschaft,
- die Regional- und Strukturpolitik,
- das Finanz- und Haushaltsrecht sowie
- die Komplementarität der Institutionen-Zuschnitte.

Diese Doppelkonstellation, also auf der einen Seite der historische Auftrag und die weltgeschichtliche Extrachance einer friedlichen Einigung Europas und zugleich die enormen strukturellen Probleme und Entwicklungsgefälle zwischen unterschiedlichen Teilen dieses größeren Europa, möchten wir vor dem Hintergrund eigener Forschungsergebnisse kommentieren. *Das IRS als Forschungsinstitut 70 Kilometer westlich der gegenwärtigen Schengen-Außengrenze hält dabei zweierlei für unabdingbar: einmal realistische wissenschaftliche Bestandsaufnahmen zu erstellen, zu den Entwicklungschancen von ausgewählten Städten und Regionen im europäischen Vereinigungsprozess - insbesondere im Grenzraum; zugleich auch umsetzungsfähige Rahmenüberlegungen für die Überwindung der erkennbaren und prognostizierten Raumentwicklungsprobleme zu erarbeiten.*

2. Grenzregionen: ‚Neue Peripherie‘ in der Mitte eines größeren Europa?

Verringern wir die Beobachtungshöhe und fokussieren die östlichen Grenzräume der gegenwärtigen EU, so nehmen die Problemlagen im Vorfeld der EU-Osterweiterung nicht selten dramatische Formen an. Breitgefächerte Schrumpfung- und Abwanderungstendenzen, wie sie sich ohnehin für zurückfallende Teile Ostdeutschlands beobachten lassen, werden hier in den Grenzregionen - etwa Ostbrandenburgs und Westpolens - durch grenzraum-spezifische Strukturprobleme noch einmal gesteigert. Trotz der erfolgreichen INTERREG-Programme und kürzlich zugesicherter besonderer Mittel für die EU-seitige Grenzraumförderung verstärkt sich in den Grenzregionen zunehmend der Eindruck, dass die Dimension dieser mehrfachen Problemüberlagerungen anderenorts nicht genügend berücksichtigt oder mit unzu-

reichenden Teil-Politiken eher verschoben als gelöst wird. Die Grenzregionen, die eigentlich Brennpunkte des Integrationsprozesses sein könnten, erweisen sich ökonomisch, sozial und kulturell zunehmend als das Gegenteil - und zwar trotz einer Vielzahl bewundernswerter lokaler Aktivitäten.

Neben den Folgelasten durch die Perlenkette sozialistischer Monostrukturen an Oder und Neiße sind hier vor allem zu nennen: die zunehmende Polarisierung und Entvölkerung von Teilräumen, eine Verstärkung der sozialräumlichen Differenzen gegenüber den prosperierenden westlichen resp. östlichen Verdichtungsgebieten “in der zweiten Reihe”, ein z.T. dramatisch gesteigerter Wohnungsleerstand auf deutscher, resp. weiter bestehender Wohnungsmangel auf der polnischen Seite (ohne dass es ‚einfache‘ grenzüberschreitende Ausgleichs-

mentale Peripherisierungen (siehe Pkt. 3). Für die EU-Osterweiterungspolitik summiert sich diese krisenhafte Überlagerung von Schrumpfungsdynamiken und Grenzraumperipherisierungen in einem Politik-Dilemma: nämlich unter dem hohen Ziel einer ausgeglichenen regionalen Entwicklung zwischen der ‚Stärkung der Star-ken‘ oder der ‚Stärkung der Schwachen‘ wählen zu müssen sowie die absehbaren sozialen und politischen Folgeprobleme beider Optionen zu beherrschen.

Diese sich auftürmende Problem-dimension (“Neue Peripherien in der Mitte eines größeren Europa”) übersteigt auch die bisher erkennbaren Politiksignale in Richtung auf eine “Grenzregionspräferenz” bei der EU-Strukturförderung. Das sind richtige, aber noch unzureichende Politikschritte. Deshalb hält das IRS es für notwendig, deutlich und öf-



lösungen gäbe), ein eklatanter Geburtenrückgang, die hohe Jugendarbeitslosigkeit und eine starke Überschuldung schwacher kommunaler Haushalte, die Gefahr, zumindest bezüglich des stark wachsenden Güterverkehrs reines Transitland zu werden - und, nicht zu unterschätzen: soziokulturelle und

fentlich auf das Ausmaß der Peripherisierungsdynamiken hinzuweisen und eine Diskussion über den Zuschnitt von ressortübergreifenden angemessenen Übergangspolitiken und über gemeinsame Hilfeleistungen (natürlich zur Selbsthilfe) zu befördern. Das absehbare Herausfallen der Grenzregionen aus

dem Ziel 1 - Status der EU-Strukturförderungen verbessert natürlich die Stimmungslagen vor Ort keinesfalls. Die sich überlappenden Negativspiralen in diesen Räumen setzen sich vielmehr als sozial geteilte Ohnmachtgefühle fest - mit der bekannten Folge der Suche nach "Sündenböcken". Als solche gelten - inzwischen vermehrt auch auf polnischer Seite - die 'da oben' in Brüssel sowie die jeweiligen Nachbarn. Faktische oder befürchtete Konkurrenzen auf engen lokalen Arbeitsmärkten tauchen dabei zunehmend als Standardargument auf, und dies zumindest im Hinblick auf pendelnde niedrig qualifizierte Dienstleister durchaus zu Recht. Auch mit der kommenden Niederlassungsfreiheit werden der ohnehin schwächelnde Mittelstand und das Handwerk mit stärkerem Wettbewerb konfrontiert - worauf sie schlecht vorbereitet sind. Die Einrichtung der Funktion von sog. 'Erweiterungsbeauftragten' auf Brandenburger Seite - so löblich sie im Detail ist - belegt wider Willen nur noch einmal, dass die *Dimension* der Peripherisierungsgefahren weiterhin unterschätzt wird. In einigen Städten an Oder und Neiße ist das Label "Sterbende Stadt" inzwischen ein in den lokalen Milieus gebräuchlicher Begriff für die Selbstbeschreibung der eigenen Situation. Das in der Tat halten wir für alarmierend.

3. 'Peripherisierung im Kopf'

Die soziokulturellen Aspekte der EU-Osterweiterung sind kaum zu überschätzen. Trotz vieler symbolisch-politischer Gesten und einiger sinnvoller grenzüberschreitender Alltagskultur- und Lernformen bleiben diese zentralen Aspekte der europäischen Einigungsprozesse - gemessen an den eben skizzierten Problemdimensionen - völlig ungenügend entwickelt. Die öffentlichen Diskurse im Grenzraum, etwa zur politischen Legitimität des Einigungsgeschehens, das wechselsei-

tige Wissen und die Kenntnis voneinander, auch die Neugierde aufeinander bleiben weiterhin umstellt von generationenspezifischen Stereotypen. Das übergeordnete Politikziel der europäischen Integration unter Bewahrung, Stärkung ja Profilierung der eigenen lokal- und regionalkulturellen Identität ähnelt eher dem Pfeifen im von Sündenböcken bevölkerten Walde der vorgefassten Meinungen. Dass es im guten Falle der geschichtlich auf der Tagesordnung stehenden Einigung

von Lösungsformen sein könnten, wird nur ungläubig zur Kenntnis genommen.

Neben den harschen Sprachbarrieren - vor allem Richtung Osten - sind es vor allem diese alltagskulturellen Abschottungen, die über dem Regelkreis von a. wenig selbstbewussten Selbstdefinitionen, b. von kognitiv-moralischen Marginalisierungen und c. ihrem Komplement - einer steigenden Aggressivität in den Beziehungsformen - zu

d. 'Peripherisierungen im Kopfe' führen: In den 'sterbenden Städten' entstehen auf diese Weise mentale Abschottungen genau da, wo mentale Brücken notwendig wären. Der etappenförmige Kreis der Selbstmarginalisierung läuft damit Gefahr, zu einem Teufelskreis sich weiter verringernder Chancen für die Stadt- und Regionalentwicklung zu werden. Die jetzt in den Bewährungsdruck der EU-Osterweiterung geratenen Grenzre-

gionen stehen also vor der Schwierigkeit, in dieser doppelten Peripherisierungsspirale handlungsfähig zu werden. Die für viele überraschenden Ausgänge der Bürgermeisterwahlen im Grenzgebiet sind nur ein weiteres Indiz. Dabei bleibt festzuhalten: Diese Überlagerungen von



Passantinnen und Poeten an der Egel-Neisse



Zeiten-Mix im Grenzraum

auf eine gemeinsame Steigerung von *Unterschiedlichkeiten* hinauslaufen könnte, stößt in den Grenzmilieus auf Verständnislosigkeit. Dass lokale Plätze ('places') zu Orten der verantwortlichen Netzwerkbildungen, aber auch des öffentlichen Streits und der Aushandlung

strukturellen Problemlagen sind nicht mehr als *individuell* zurechenbare oder lokal beherrschbare Problemmuster anzusehen. Daher muss die Dimension der Problemüberlagerungen im Vorfeld der EU-Osterweiterung öffentlich sichtbar gemacht und politisch diskutiert werden. Dazu sind realistische Bestandsaufnahmen ein wichtiger erster Schritt, an den aber neue Steuerungs- und Lernformen anschließen müssen.

4. Lernende Grenzregionen? Forschungen und Aktivitäten des IRS: auf dem Weg zu neuen Lern- und Interaktionsdynamiken in den Grenzräumen

Das IRS hat schon seit 1992 unter der Leitung von James Scott mit mehreren Projekten Fragen der grenzüberschreitenden Regionalisierung - insbesondere zwischen Deutschland und Polen - untersucht. Ein besonderer Fokus richtete sich dabei auf die faktischen Effekte der Euroregionen sowie auf grenzüberschreitende räumliche Planungsprozesse. Seit 1998 haben wir unseren Untersuchungsfokus dann nochmals schärfer gestellt und uns auf den exemplarischen Fall der Entwicklung der deutsch-polnischen Doppelstadt Guben-Gubin konzentriert: zuerst mit einem IRS Projekt, seit Oktober 2000 mit einem DFG-Projekt, das durch Mitarbeit einer polnischen Sozialwissenschaftlerin nun auch genau die Entwicklung der polnischen Grenzmilieus zu erforschen erlaubt. Dabei sind sowohl lebensweltliche Grenzbeziehungen wie ökonomische Akteursnetze, Mentalitäten und grenzüberschreitende Kooperationsmuster untersucht worden; neben den Alltagskulturen des Grenzraums standen die Funktionslogiken von Politik- und Verwaltungsakteuren im Mittelpunkt.

In einem weiteren abteilungsübergreifenden Projekt ("Wissensmilieus") wird am Vergleichsfall Frank-

furt (Oder) die Entwicklungsoption "Wissensstadt" als ein möglicher Weg aus sich kumulierenden Schrumpfdynamiken untersucht (Projektleitung: U. Matthiesen). In diesem intensiv sich entwickelnden Kontext von Forschungsprojekten hat es eine ganze Reihe weiterer 'proaktiver' Tätigkeiten im Grenz-



Jenseits und diesseits der "Schengen-Grenze"

raum gegeben: Zusammen mit Forschungskollegen der Universität Poznan und den Verwaltungen der Doppelstadt haben wir einen Wettbewerb 'Leben an der Grenze' ausgelobt (Publikation: Transodra Nr. 22, Juli 2001); im Rahmen von Projektseminaren an der Humboldt-Universität Berlin und der Freien Universität Berlin haben StudentInnen Forschungen zum jugendlichen Rechtsradikalismus und zu den zweisprachigen Schulangeboten im Grenzraum gemacht. Nicht zuletzt ist das IRS im Kontext von Stadt 2030-Projekten in Beeskow - und etwas später wohl auch in Eisenhüttenstadt - direkt in Prozesse der Entwicklung von mittel- und langfristigen Perspektivlösungen für grenzraumnahe Städte angebunden.

Früh schon (seit 1998) hat das IRS das Konzept 'Lernende Regionen' gerade auf die strukturschwachen Grenzraumgebiete und ihre Governanceformen hin neu justiert. Wissenschaftlich hat das IRS sich - etwa mit der Organisation einer Tagung im Mai 2001 für die Stadt- und Regionalsoziologen zu "Stadtentwick-

lungen im östlichen Europa" - gerade auch an der Diskussion weiter ausgreifender Analyse- und Politikperspektiven für den Beitrittsraum beteiligt. Eines der Ergebnisse unserer Forschungen und Aktivitäten ist die Erkenntnis, dass sich eine wachsende Distanz und zunehmende Fall-

höhe zwischen der (nationalen/regionalen/lokalen) Ebene von europäischer Vereinigungspolitik einerseits und den faktischen Problemen und Relevanzstrukturen 'vor Ort' in den lokalen Milieus herausgebildet hat. Das wird auf der einen Seite mit Abschottungen und 'alltags-

kulturellen Peripherisierungen' bezahlt. Die andere Seite der Rechnung ist die Gefahr des Realitätsverlustes von 'symbolischer und formell-institutioneller Europa-Politik' - während die faktischen Wachstumsdynamiken der grenzüberschreitenden Kooperation den direkten Grenzraum 'froschartig' überspringen.

Diese Aufrauung von EU-Osterweiterungseuphorien durch empirische Befunde zur Problemkumulation in den Grenzmilieus ändert natürlich nichts an der epochalen Dringlichkeit, das enge Zeitfenster für die europäische Einigung entschlossen zu nutzen. Aber diese Einigung muss stärker flankiert werden durch Politiken und Steuerungsformen, die die Problemüberlagerungen in den Grenzräumen steht und sich ihnen gewachsen erweisen.

Das IRS hält es für dringend erforderlich, quer zu den Ressorts und Disziplinen eine neue Form von Struktur- und Planungspolitik zu entwickeln, die Lern- und Interaktionsdynamiken systematisch miteinander verbindet. Dabei lässt sich an

„Lernende Regionen“-Konzepte anschließen; allerdings muss gegen deren „Bildungslosigkeit“ die Arbeitsmarkt- und Beschaffungsseite gestärkt werden. Regionale und lokale Kompetenzzentren unter Einchluss von lokalen Initiativen und „proaktiven“ Wissenschaftsinputs gehören dazu. Die Förderung von grenzüberschreitenden Formen des Städtewettbewerbs sollte gestärkt werden. Selbstorganisationspotentiale, die lokale Identität, noch vorhandenes Humankapital und den Stolz auf Erreichtes öffentlich sichtbar ausflaggen, gehören dazu. Gemeinsame Lerndynamiken mit Polen und Deutschen müssen angeregt oder gestärkt werden, wobei die Neugierde auf die Unterschiede in den Alltagskulturen eine wichtige Rolle spielt. Wichtig erscheint uns eine Förderung dessen, was lokal schon erfolgreich ist und was von unten wächst. Die Politikphase der EU-Gremien-Avantgarde muss also dringend unterfüttert werden durch milieunahe Netzwerk-Politiken, die formelle Politikformen lokal einbetten, rückbetten und von dort neue Anregungen bekommen.

Klar ist, dass mit dem hier nur kurz skizzierten Projekt „Lernender Grenzmilieus“ sowohl die örtliche wie die Landespolitikebene überfordert ist. Die von unserer Problemanalyse geforderte neue Steuerungs-politik des europäischen Vereinigungsprozesses für die Grenzräume muss also von Bundes- und EU-Seite weiter gestützt werden. Anderenfalls ist die Gefahr neuer Peripherisierungsbildungen, anstelle von Brückenbildungen in der Mitte eines neuen, größeren und unterschiedlicheren Europas nicht zu bannen.

Das IRS sieht sich gut vorbereitet, an der Analyse und Entwicklung neuer Steuerungs- und Problemlösungsformen mitzuwirken.

Ulf Matthiesen

Sieben Thesen zu den krisenhaften Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union auf die deutsch-polnische Grenzregion

Wie stets in Zeiten des radikalen strukturellen Umbruchs, nehmen die Grenzregionen auch im Prozess der EU-Osterweiterung die Rolle von Seismographen der Strukturveränderung an. Erschütterungen, die die Nationalstaaten oder andere makroregionale Gebilde rasch kompensieren können, fallen hier heftiger aus und wirken auch länger nach. In dieser gespannten, von Konflikten und Optionen gekennzeichneten Situation wird die Ebene der Alltagskulturen und Mentalitäten in den Grenzmilieus zu einem wichtigen Auskunftgeber für den faktischen Stand der grenzüberschreitenden Öffnungen und der zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten einer neuen europäischen Binnenregion.

Sieben Thesen, die aus den Forschungsprojekten des IRS zu deutsch-polnischen Grenzmilieus gewonnen worden sind, sollen diese Einschätzung konkretisieren:

1. These:

Die Grenzmilieus auf der deutschen und der polnischen Seite weisen jeweils unterschiedliche Innovationsbereitschaften auf. Hierfür sind u.a. die beiden extrem unterschiedlichen Transformationspfade verantwortlich, die im deutsch-polnischen Grenzraum aufeinandertreffen. Der polnische Pfad hat mit seiner ökonomischen Mobilisierung der gesamten polnischen Gesellschaft, insbesondere der Popularisierung eines handelsorientierten Kleinunternehmertums, für neugierige, gleichwohl skeptisch-abwartende Erwartungshaltungen hinsichtlich zukünftiger grenzüberschreitender Entwicklung

gesorgt - allerdings begleitet von harten sozialen Friktionen und Disparitätenbildungen. Dagegen hat der ostdeutsche Weg mit seiner Risikenabfederung durch westdeutsche Kapitaltransfers und Institutionenimporte zwar weite Bevölkerungsschichten barsch aus ihren vertrauten Routinen (inklusive ihren Berufen) gerissen, aber keine positiven Erwartungen an neue Verknüpfungen mit den Nachbarregionen im Osten geweckt: „Verteidigung des unlängst unter westdeutscher Obhut erlangten Status quo gegen neue Anspruchsteller“ heißt hier die Devise. Der Zusammenprall dieser beiden stark unterschiedlichen Transformationsvarianten stellt für die Alltagskulturen der Regionen und Städte an der deutsch-polnischen Grenze eine enorme zusätzliche Belastung dar. Ebenso wie er die Suche nach innovativen Lösungen für die schwierigen strukturellen Probleme in der Grenzregion erschwert, eröffnet er aber auch neue Optionen und Chancen.

2. These:

Anfängliche Hoffnungen auf eine endogene wirtschaftliche Stabilisierung der deutsch-polnischen Grenzregion durch die Entwicklung mittelständisch geprägter Produktionsstrukturen und grenzüberschreitender Unternehmensnetzwerke scheinen sich vorerst nicht zu bewahrheiten. Die grenzüberschreitenden Vernetzungsaktivitäten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich sind bislang erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die wirtschaftsräumlichen Bedingungen sprechen auf beiden Seiten der Grenze auf absehbare Zeit gegen die Entstehung eines grenzüberschreitenden Zusammenhalts oder gar die Entwicklung neuer, homogener Wirtschaftsregionen: Auf beiden Seiten fehlen attraktive, vor allem kapitalkräftige regionale Akteure. Auf der polnischen Seite, die - mit Ausnahme der Agglomeration

Sczeczin - von landwirtschaftlichen Strukturen geprägt ist, fehlen vor allem grenznahe Industrie- und Dienstleistungszentren, wie sie etwa an der deutsch-tschechischen Grenze zumindest ansatzweise vorhanden sind. Potentiell interessante Kooperationspartner befinden sich überwiegend in den stärker landeinwärts gelegenen Zentren. Auf der deutschen Seite hat die Radikalkur der Treuhand-Privatisierung voneinander isolierte Strukturen hinterlassen: auf der einen Seite Exklaven der globalen Ökonomie mit geringen regionalen Entwicklungseffekten (z.B. die Textilfaserproduktion unter dem Schirm westdeutscher Konzerne in Guben), auf der anderen Seite kapitalschwache, kaum vernetzungsfähige autochthone Unternehmen, die erfolgsorientierte polnische Unternehmen auch künftig kaum von ihrem deutlich erkennbaren Ziel ablenken dürften, Kooperationen in den westeuropäischen Zentren zu suchen.

3. These:

Entgegen landläufigen Annahmen hilft eine Verankerung in lokalen sozialen Milieus und Politiknetzwerken den Unternehmern in der Grenzregion nicht entscheidend dabei, stabile Orientierungen und grenzüberschreitende Handlungsperspektiven zu gewinnen. Von deutscher Seite aus werden grenzüberschreitende Kooperationen bislang eher von denjenigen realisiert, die nur einen lockeren Milieubezug haben oder in globalen Zusammenhängen agieren, die die Region selbst kaum berühren. Hingegen fühlen sich lokal verankerte Unternehmen eher den politischen Unterströmungen des Lokalismus verpflichtet, mit allen Konsequenzen für mögliche Suchprozesse jenseits der Grenze: Bodenständiges Beharrungsvermögen und Lokalstolz werden dabei in aller Regel nicht produktiv eingesetzt, sondern richten sich gegen die Protagonisten.

Das hartnäckige Ausharren in der lokalen Misere mit Blick auf Besserung, die "von oben" kommen soll, behindert die Anpassungsfähigkeit an veränderte wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen. Der Blick wandert immer seltener über die Grenze, beispielsweise in der Absicht, neue Expansionschancen zu realisieren und künftige Marktzugänge vorzubereiten.

4. These:

Unter den Bedingungen von Transformation, Peripherisierung und Schrumpfung verkehren sich lokale Potentiale, die unter anderen Rahmenbedingungen zu den Aktivposten endogener Regionalentwicklung zählen würden, in Hypotheken auf die Zukunft: Lokalismus und starke regionale Identifikation fördern statt eines proaktiven Entwicklungsbewusstseins tendenziell Misstrauen gegen alles Fremde und ein Nachlassen von Handlungsmotivation; lokale Tugenden (im Sinne tradierter kollektiver Fähigkeiten und Kenntnisse) sind entweder aufgrund ihrer Entwertung durch den Systemwechsel nicht mehr nutzbar oder gar wegen der zwischenzeitlich erfolgten Abwanderung ihrer Träger völlig erloschen. Pioniergeist und originäres Unternehmertum finden sich lediglich in isolierten Handlungen einzelner Akteure. Sie können aber kaum für die Förderung von kollektiven regionalen Mobilisierungsprozessen nutzbar gemacht werden.

5. These:

Gemeinsame deutsch-polnische Verbundenheiten in der Grenzregion, die sich in neuen regionalen (deutsch-polnischen) Identitäten und Identifikationen niederschlagen würden, bleiben auf absehbare Zeit Zukunftsmusik. Zu stark sind die Nachwirkungen der historischen Zäsuren, die durch die Kriegsfolgen, insbesondere durch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung

und den nachfolgenden, staatlich gelenkten Austausch der Bevölkerung in Westpolen im kollektiven Gedächtnis hervorgerufen worden sind. Verwandtschaftliche Bindungen über die Grenze hinweg, die in westeuropäischen Grenzregionen immer wieder als kollektiver Kitt des regionalen Alltagsbewusstseins und als Korrektiv der Trennwirkung der Grenzen gewirkt haben, sind hier kaum aktivierbar. Allenfalls jüngere soziale Bindungen kämen in Betracht, allerdings in einer eher unerwarteten Richtung: nämlich als Folge der deutsch-polnischen Ehen, die in den 80er Jahren beiläufig dadurch entstanden, dass westpolnische Arbeitskräfte - insbesondere Frauen - zeitweise in DDR-Betrieben im Grenzraum Beschäftigung fanden. Obwohl intermediäre Organisationen diese Verbindungen als Quelle neuer Identifikationen und Brückenschläge vereinzelt zu nutzen versuchen, können für die nähere Zukunft davon keine entscheidenden Wirkungen erwartet werden.

6. These:

Die vielfach geäußerte Befürchtung, die Grenzöffnung werde zu einem unkontrollierten Zustrom polnischer und anderer Arbeitskräfte aus Ostmitteleuropa auf ohnehin schon stark angespannte Arbeitsmärkte im Grenzraum führen, kann bereits jetzt ins Reich der bloßen Spekulation verwiesen werden. Arbeitsmigranten orientieren sich in aller Regel a) an realistischen Erwerbsmöglichkeiten b) an ausreichend hohen regionalen Einkommensdifferenzen, und c) an begünstigten Migrationspfaden, d.h. an Netzwerken und Institutionen, die nicht nur die Migration selbst, sondern auch Anpassungsleistungen an ungewohnte Bedingungen am Zielort erleichtern. Die Voraussetzungen a) und c) sind im Grenzraum derzeit nicht, b) nur teilweise erfüllt, sie könnten allenfalls mit Hilfe ei-

nes massiven wirtschaftlichen Aufschwungs in der Grenzregion hergestellt werden. Auch in Bezug auf Migrationen ist daher zu erwarten, dass der Grenzraum von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt wird. Im übrigen wird die weitere Austrocknung der regionalen Arbeitskräftereservoirs und Humankapitalbasen durch die Abwanderung von Einheimischen im Verein mit ausbleibenden Zuwanderungen auf lange Sicht weit negativere Auswirkungen auf die Regionalentwicklung haben als mögliche kurzfristige Belastungen der regionalen Arbeitsmärkte durch Zuwanderung - sofern diese überhaupt eintreten.

7. These:

Drohenden Peripherisierungsverfahren kann am besten mit der Förderung von lokal eingebetteten, grenzüberschreitenden Lernprozessen begegnet werden. Über Lernvorgänge in den Alltagskulturen muss auch das Verhältnis des Eigenen und des Fremden von allen „essentialistischen“ Beimengungen befreit werden: Es geht also schon längst nicht mehr um die ewige Wesensdifferenz zwischen 'Deutschen' und 'Polnischen', sondern um die Verstärkung von offenen, direkten Interaktionen mit Aushandlungsprozessen über die lokale und regionale Spezifik von Eigenem und Fremden um Neuverankerungsversuchen in einem schwierigen, aber insgesamt lernfähigen Grenzraum. Neue Mischungen von lokalem Stolz, Eigensinn und einer gewissen Neugierde auf das Andere am Nachbarn müssen daher zum individuellen und lokalkulturellen Motor für Innovationen werden. Erst auf dieser Grundlage kann auch das kollektive Entwicklungsziel der ökonomischen Stabilisierung mit der nötigen Energie und Motivation verfolgt werden.

Hans-Joachim Bürkner und
Ulf Matthiesen

Osterweiterung und Ostseeraum

Raumentwicklung im Ostseeraum - Modell für Europa?

Im Ostseeraum sind vier Mitgliedsstaaten und sieben Kandidaten in einem Raum von beträchtlichen territorialen Ausmaßen und mit erheblichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Asymmetrien vereinigt. Zudem war kein anderer europäischer Teilraum von der Systemkonfrontation so massiv betroffen wie die Ostseeregion. Wie gut ist der Ostseeraum auf die räumliche Ausdehnung der EU-Erweiterung eingestellt? Kann er als Modellregion für die Regionalisierung in Europa gelten?

Die erste Phase der räumlichen Integration ist auf zwischenstaatlicher Ebene relativ weit fortgeschritten. Vor kurzem wurde mit dem Aktionsprogramm "VASAB 2010 Plus" die zweite Auflage des Leitbildes für die räumliche Entwicklung des Ostseeraums beschlossen. Mit diesem Aktionsprogramm ist ein interaktives, fachübergreifendes und demokratisches Instrument zur Förderung der nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung des Raumes und zur Stärkung der räumlichen Kohäsion in der Ostseeregion geschaffen worden. Bereits das Vorgängerprogramm von 1994 stellte eine wichtige Grundlage für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC dar. Als diese 1997 anlief, standen im Ostseeraum rund 25 MECU aus dem EFRE-Fonds für die Finanzierung von Projekten zur konzeptionellen Weiterentwicklung der räumlichen Planung zur Verfügung.

Innerhalb des vergangenen Jahrzehnts ist im Ostseeraum eine beeindruckende Vielzahl von Netz-

werken in der Raumentwicklung entstanden. Neben der staatlich inszenierten Zusammenarbeit im VASAB Prozess sowie im Ausschuss für Raumentwicklung in der Ostseeregion (CSD/BSR) bestehen nunmehr sowohl institutionelle wie projektbezogene Kooperationen zwischen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften. Durch diesen Prozess wurden auch die raumbezogenen Aktivitäten intermediärer Netzwerke wie Union of the Baltic Cities (Union der Ostseestädte, UBC) und Ostseekommission (Baltic Sea Commission [BSC] der Konferenz für die peripheren maritimen Regionen [CRPM]) befördert. Sie zielen auf die Entwicklung von Netzwerken zwischen den gewählten regionalen Ebenen, und befassen sich mit der Entwicklung eigener strategischer Perspektiven für den Ostseeraum. Hierbei bleiben traditionelle territoriale Abgrenzungen wie auch die nationale Ebene bewusst unberücksichtigt.

Zumindest in quantitativer Hinsicht deuten die Ergebnisse der INTERREG IIC Projekte und die Aktivitäten der intermediären Netzwerke darauf hin, dass beachtliche Erfolge bei der grenzübergreifenden Raumentwicklung erzielt wurden. Dieser Prozess konnte bei allen Beteiligten zu einem verbesserten Verständnis von Planungsprozessen beitragen und förderte Kontakte zwischen Planungsakteuren im gesamten Ostseeraum. Ob damit auch qualitativ das Ziel der Stabilisierung der Grenzregionen und der grenzüberschreitenden sozialen, kulturellen und ökonomischen Vernetzung erreicht werden kann, ist allerdings eher vorsichtig zu beurteilen. Die räumliche Vernetzung findet hier entlang der territorialen Abgrenzungen statt. Es besteht die Vermutung, dass die europäischen Förderprogramme wie INTERREG eher Mitnahme-Effekte denn Steuerungs-Effekte begünstigen.

Das IRS plädiert in dieser Phase des Integrationsprozesses für ein integriertes Regionalmanagement auf der Basis grenzraumspezifischer Regionaler Entwicklungskonzepte. Es ist als funktionale Form der Selbststeuerung zu verstehen, welches zwischen den etablierten Entscheidungsstrukturen angesiedelt ist. Damit löst es sich von der territorialen Begrenzung traditioneller regionalpolitischer Interventionen. Entscheidend für die Entwicklung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Raumes werden die Interaktionsbezüge der handelnden Akteure. Regionalmanagement wird so zur Plattform für Aufgaben, die mit dem politischen Instrumentarium der Gebietskörperschaften nicht mehr adäquat zu lösen sind, sondern eine flexible Auffassung des Raums erfordern.

Für die Grenzräume - nicht nur der Ostseeregion - wird es also darauf ankommen, neue grenzübergreifende Strukturen der regionalen Steuerung zu fördern. Dies könnte sowohl zu einer flexiblen Anpassung der Raumentwicklung im Erweiterungsprozess führen als auch die durch Asymmetrien entstehenden Koordinierungsprobleme auffangen. Zu beachten bleibt jedoch, dass Regionalmanagement keine klaren arbeitsteiligen Strukturen schafft.

Regionalmanagement kann vor allem eine Übergangsform zur festeren Institutionalisierung darstellen. Solange die Förderkulissen der EU-Initiativen territorial definiert sind, bleiben die Akteure in den Grenzregionen an die Entscheidungslogik innerhalb ihrer Teilregionen gebunden. Nur unter der Voraussetzung, dass die regionale Ebene bei der Entwicklung von kooperativen Steuerungsmechanismen über nationale Grenzen hinweg unterstützt wird, kann eine grenzüberschreitende räumliche Vernetzung befördert werden. Erst dann könnte die Gemeinschaftsinitiative INTERREG als Initialzündung wir-

ken. Dies gilt insbesondere für die intermediären Netzwerke im Ostseeraum. Gleichzeitig könnte damit auch ein Modell für die regionale Integration entstehen - sowohl lokal für die Ebene der nachbarschaftlichen Raumbezüge, funktional für die Städteverbände und strategisch für transnationale Entwicklungsräume.

Michael Arndt und
Andreas Uhlau

Gastkommentar

EU-Erweiterung: Chancen erschlossen nutzen, Risiken konsequent begrenzen, Ängste abbauen

Die Erweiterung der Europäischen Union eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg vielfältige Chancen. Frei nach Fontane könnte man sagen, am Mute, sie zu nutzen, hängt der Erfolg. So wird Brandenburg seine entwicklungs-hemmende Randlage an der EU-Außengrenze überwinden. Viele Unternehmen können leichter neue Märkte erschließen. Reform- und Modernisierungsdruck in den Beitrittsländern haben die Nachfragen nach Importgütern auch aus Brandenburg schnell wachsen lassen. Polen ist bereits heute für brandenburgische Exporteure der größte Absatzmarkt in Europa. Grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen bieten die Chance, kostengünstige Zulieferprodukte aus der Nachbarregion zu beziehen. Neue Partner können für Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungskooperationen gefunden werden. Das alles sichert Arbeitsplätze hier.

Für die brandenburgische Landesregierung ist die EU-Erweiterung eines ihrer prioritären Politikfelder.

Ziel der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Chancen der Erweiterung besser genutzt werden können und die Risiken eng begrenzt werden. Letztlich geht es darum, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Am 3. Juli 2001 hat das Kabinett einen ersten Bericht zur Vorbereitung des Landes auf die EU-Erweiterung beschlossen. Er macht deutlich, dass die positive Gestaltung der Beziehungen zu den MOE-Ländern ein Prozess ist, der seit der Neugründung des Landes von allen Landesregierungen gefördert worden ist. Als Beispiele seien genannt: Die Förderung der grenzüberschreitenden Unternehmenskooperation durch die Einrichtung der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft oder der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.

Mehr Ängste als reale Risiken gibt es auf dem Arbeitsmarkt. Das ist angesichts hoher Arbeitslosenquoten in den Grenzregionen verständlich. Deshalb hat die Europäische Kommission dem Drängen betroffener Regionen - auch Brandenburgs - entsprochen und Übergangsfristen von maximal sieben Jahren für die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit zur Beitrittsvoraussetzung gemacht. Allerdings muss auch daran erinnert werden, dass Regionen, in denen es an einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen fehlt, kaum zum Zielgebiet von Arbeitssuchenden aus den künftigen EU-Mitgliedstaaten gehören werden.

Die EU-Erweiterung wird Brandenburg zwar Vorteile im Vergleich zur Nichterweiterung bringen. Aber: Da der strukturelle Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen ist - verwiesen sei auf die vergleichsweise geringe Exportkraft -, ziehen die wirtschaftsstärkeren Re-

gionen größere wirtschaftliche Vorteile aus dem Erweiterungsprozess. Das verlängert den Angleichungsprozess und widerspricht somit den politischen und strukturpolitischen Zielen des Bundes und der EU. Deshalb setzt sich die Landesregierung auch für zusätzliche Hilfen zur strukturpolitischen Flankierung des Erweiterungsprozesses in den Grenzregionen ein. Diese Hilfen müssen - soweit die EU betroffen ist - über die Strukturfondshilfen im Rahmen der Ziel-1- und der Interreg-Förderung hinausgehen, da mit der Erweiterung ein zusätzlicher Anpassungsdruck für die Grenzregionen verbunden ist. Hier muss an dicken Brettern gebohrt werden. Erste Erfolge zeichnen sich jedoch ab.

Die EU-Erweiterung erfordert aber nicht nur den Abbau rechtlicher oder infrastruktureller Barrieren. Abgebaut werden müssen auch noch zahlreiche mentale Barrieren. Deshalb ist es wichtig, dass über Chancen und Herausforderungen der Erweiterung eine breite und intensive Informations- und Kommunikationsarbeit geleistet wird. Hierzu sind alle gesellschaftlichen Gruppen aufgerufen, auch die Euroregionen. Das historische Projekt der EU-Erweiterung kann nur gelingen, wenn wir die Menschen auf beiden Seiten der Grenze davon überzeugen, dass nicht Abschottung, sondern Öffnung, nicht Abwenden oder Warten, sondern das Aufeinander-Zugehen die Arbeits- und Freizeitbedingungen der Menschen in der Grenzregion spürbar verbessern.

Jochen Bethkenhagen

(Kontakt: Dr. Jochen Bethkenhagen im Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Tel.: (0331)8663380, E-Mail: jochen.bethkenhagen@mdje.brandenburg.de) ■

Stichwort: 11. September

Qualm und jäher Schrecken haben sich gelegt. Der Blick liegt frei auf "Ground Zero", auf den verwundeten, verbrannten, brachgelegten Stadtdistrikt, auf mehr als fünftausend Tote, die hier gearbeitet, gewohnt oder nur verweilt hatten, auf eine hinweggefegte Zentrale der Weltwirtschaft, auf ein zerschmettertes Wahrzeichen.

Wer kann die Folgen ermessen? Milliardenbeträge an Sachwerten sind vernichtet worden, Kommunikationstechnik und Infrastruktur funktionieren nicht mehr, Büros und andere Einrichtungen fliehen an dezentrale Standorte, Mieter weichen aus in gesicherte Wohnlagen, Touristen stornieren ihre NY-Reisen, wenn auch der Ort des Infernos sie nach einer Schamfrist wieder anziehen wird. Viele Manhattan-Bewohner berichten über einen schmerzlichen Verlust, seit sie die beiden WTC-Türme nicht mehr vom Fenster aus sehen können; das Bild ist zerbrochen.

Erst mit Verzögerung (denn die Dimensionen sind unvergleichbar) dringt ein anderes Ereignis in mein Bewusstsein, das hierher gehört: Pruitt-Igoe. Die Sprengung eines großen Neubau-Wohnblocks vor etwa dreißig Jahren in St. Louis (USA), eine eigenverantwortlich beschlossene Sprengung freilich, ausgelöst durch vandalistisches Verhalten und drastischen Wohnungs-Leerstand, galt in der Fachwelt als das Ende der Moderne im Städtebau. Hier gab es keinen Angriff von außen, gab es keine Toten, aber das stolze Projekt war gescheitert, der Nimbus war dahin.

Der Einsturz der beiden WTC-Türme könnte das Ende der modernen kulturellen Gewissheiten bedeuten.

Sie fußten auf einer Sicherheit, die eine Weltmacht mit ihrer überlegenen militärischen Kraft und ihrem ökonomischem Reichtum verkörperte, und auf einer westlichen Kultur, die durch ein Laissez-faire von Multikulturalismus und Säkularisierung ihre Konturen einbüßte, gleichwohl globale Geltungsansprüche verbreitete. Das lässt die Herausforderungen erahnen, die jetzt zu bearbeiten sind.

Kann es eine raumwissenschaftliche Betrachtung geben? Was wir machtvoll vorgeführt bekamen: die kulturelle Kodierung von Architekturen und Stadträumen, und zwar mit mehreren Bedeutungsschichten, die gewiss auch höchst different dekoriert werden.

Die Architektur-Profession sieht sich getroffen. Peter Eisenman fragt verunsichert, inwieweit einem Gedanken weiterhin durch demonstratives Bauen Ausdruck und Persistenz verliehen werden kann (mit Folgen für die Philosophie von Mahnmalen). Die erste Frau Kanadas, Adrienne Clarkson, sieht mit den WTC-Attaken Symbole wirtschaftlicher Interessen getroffen; die Anerkennung von kultureller Komplexität - wie in Kanada - sei erforderlich. Andere, wie Ron Shiffman, plädieren für eine rasch greifende, konkrete Wiederaufbau-Planung, die den Idealen einer offenen, inklusiven, demokratischen Gesellschaft verpflichtet sein müsse; diese Entschlossenheit sei man den Opfern schuldig, nicht die Errichtung eines Monuments. Amitai Etzioni beobachtet ein drastisch gestiegenes Bedürfnis nach Näher-Zusammenrücken und Gemeinschaftlichkeit. Peter Marcuse prognostiziert einen Wandel in den Standortpräferenzen; es entstehe, neben wenigen repräsentativen Büros in Manhattan, eine Verlagerung vieler operativer Tätigkeiten an dezentrale Orte sowie eine Zunahme der Back-Offices (Heimbüros). Dies ruft wieder-

um den Bedarf nach einem Regionalkonzept hervor, um das Verhältnis zwischen Kern und Peripherie (auch finanziell) neu zu bestimmen.

Wenn auch nur ein Teil dieser Interpretationen praktische Gestalt annimmt, so werden sie doch eine kritische Überprüfung, wenn nicht gar Revision einiger grundlegender Einsichten der Architekturtheorie, der Städteplanung, der Stadtsoziologie und der Dienstleistungsökonomie auslösen. Hinzu treten die beklemmenden Fragen über die künftige Kontrolle der öffentlichen Stadträume. Wird eine Refeudalisierung um sich greifen, wird die Garantie von Sicherheit wie eine Ware gehandelt und bezahlt werden müssen? Das Thema "öffentliche Sicherheit" wird Konjunktur bekommen - und dies nicht nur in den Städten selbst sondern auch in den Grenzregionen (in Europa z.B. an den EU-Außengrenzen). Elemente eines Überwachungsstaates werden der urbanen Gesellschaft zugemutet werden, und das Misstrauen gegenüber Moslems wird um sich greifen.

Von Max Weber wird in seinem Vortrag über Wissenschaft als Beruf eine archaische Weissagung zitiert: "Es kommt ein Ruf aus Seir in Edom: Wächter, wie lang noch die Nacht? Der Wächter spricht: Es kommt der Morgen, aber noch ist es Nacht. Wenn ihr fragen wollt, kommt ein ander Mal wieder." Ein seltsames, düsteres Rätsel. Der Wächter weiß die Antwort nicht, die Botschaft liegt womöglich in der Last des Schweigens. Die Nacht aus Menschenmissachtung und Terror, aus Anmaßung und Ungerechtigkeit, aus Krieg und Naturzerstörung ist nicht vorbei; niemand weiß ihr Ende. Doch das bloße Ausharren, so Weber, kann nicht unsere Antwort sein. Gefordert sind wir, wachsam zu sein, klar und verantwortlich unsere Aufgabe zu tun.

K.-D. Keim

Integrierte Entwicklungskonzepte für den Stadtbau Ost:

Fachveranstaltung des IRS in Kooperation mit dem IÖR/Institut für Ökologische Raumentwicklung

Schlüsselbegriff "Schrumpfende Städte": Die gegenwärtigen, durch Leerstand bedingten Stadtbauprozesse müssen dringend mit Hilfe Integrierter Entwicklungskonzepte auf die Zukunft ausgerichtet werden. Viele Städte und Kommunen haben das erkannt (vgl. auch IRS aktuell 32).

Derzeit wird in ca. 150 bis 200 Kommunen an Integrierten Stadtentwicklung- bzw. Stadtbaukonzepten gearbeitet. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung führte das IRS gemeinsam mit dem Dresdener Institut für Ökologische Raumentwicklung und dem Berliner Planungsbüro ADVIS seit Januar 2001 ein Projekt der Ressortforschung zur Aufstellung Integrierter Stadtentwicklungskonzepte in Städten der neuen Länder durch.

Zielstellung dieser Arbeit war es:

- den gegenwärtigen Stand der Arbeiten an derartigen Konzepten zu erfassen und zu analysieren,
- besonders beispielhafte Konzeptionen zu dokumentieren,
- ein auf möglichst einfachen Schritten aufgebautes Prognosemodell zur Wohnungsnachfrage zu entwickeln sowie
- den Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern und Kommunen sowie den Wohnungsunternehmen und -verbänden zu fördern.

Der Startworkshop zu diesem Projekt fand am 8. Mai 2001 in Berlin

statt. Mit einer Fachveranstaltung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 15. November 2001, zu der 600 Interessierte aus Politik, kommunaler Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Lehre und Forschung sowie aus privaten Planungsbüros in das Berliner "Haus am Köllnischen Park" gekommen waren, wurde dieser Arbeitsprozess abgeschlossen. Die Bearbeiter stellen die Projektergebnisse in den Fachvorträgen und gleichzeitig in Form einer Broschüre ("Stadtbau in den neuen Ländern", vgl. Abb. 11) der Öffentlichkeit vor.

Die Veranstaltung war verknüpft mit der Auslobung des Wettbewerbs "Stadtbau Ost - Für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen". Daran sollen in diesem und im kommenden Jahr bis zu 200 Kommunen der neuen Länder teilnehmen und ihren Arbeitsstand bei der Erstellung der Stadtbaukonzepte darstellen. Die Preisverleihung ist für September 2002 vorgesehen.

Nach den Eröffnungsansprachen des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, und des Staatsministers und Beauftragten der Bundesregierung für die Angelegenheiten der neuen Länder, Rolf Schwanitz, referierte der Direktor des IRS, Karl-Dieter Keim, zum Thema "Neue Aufgabe Stadtbau: Zur allgemeinen Sicht auf schrumpfende Städte und peripherisierte Regionen in den ostdeutschen Ländern". Anschließend stellte der Projektleiter, Werner Rietdorf (IRS), unter dem Titel "Integrierte Stadtentwicklungskonzepte: keine fertigen Rezepte, aber wertvolle Erfahrungen" die wichtigsten Ergebnisse vor. Clemens Deilmann und Irene Iwanow vom IÖR Dresden referierten zum Thema "Einflüsse der Wohnungsnachfrage auf die Gestaltbarkeit des Strukturwandels" und stellten die vom IÖR erarbeitete vereinfachte Methodik zur Erstellung kommunaler Nachfrageprognosen

vor. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden dann in vier Arbeitsgruppen diese Themenfelder behandelt:

- Neue Anforderungen an die Wohnungsunternehmen im Prozess des Stadtumbaus (Moderation: Heike Liebmann, IRS),
- Erhaltung von Altbausubstanz versus Stabilisierung der Plattenbaugebiete? (Moderation: Reinhard Aehnel, ADVIS),
- Vielfalt der Dimensionen des Stadtumbaus - Akteurskonstellationen, Abstimmungs- und Steuerungsprozesse (Moderation: Clemens Deilmann, IÖR),
- Umsetzung der Stadtentwicklungskonzepte und Einsatz städtebaulicher Instrumente (Mode-

Konfliktpotenziale für die kommenden Phasen des Stadtumbauprozesses in sich bergen.

Kontakt im IRS über Prof. Dr. Werner Rietdorf, Tel. 03362-793230, Rietdorf@irs-net.de; Christoph Haller, Tel. 03362-793239, Haller@irs-net.de; Heike Liebmann, Tel. 03362-793242, Liebmann@irs-net.de ■

Die Broschüre "Stadtumbau in den neuen Ländern" wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BM VBW) bzw. des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom IRS

in Kooperation mit dem IÖR Dresden und ADVIS Berlin erarbeitet. Neben Aussagen zur Aufgabenstellung und zu den Lösungsansätzen Integrierter Stadtentwicklungskonzepte sowie einer synoptischen Zusammenstellung der Maßnahmen des Bundes und der Länder zur Förderung der Konzepte enthält sie eine vereinfachte Methodik zur Erstellung kommunaler Nachfrageprognosen sowie eine Dokumentation des gegenwärtigen Arbeitsstandes in acht ausgewählten Beispielstädten (Leipzig,



Chemnitz, Magdeburg, Gera, Bautzen, Hoyerswerda, Wittenberge und Leinefelde). Die Broschüre ist erhältlich beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Dr. Karin Veith, Fax 01888-4011270. ■

SUREURO:

Nachhaltige Quartiersentwicklung in Europa

Europaweit leben rund 170 Millionen Menschen in etwa 80.000 Siedlungen, die in den 50er und 60er Jahren als Reaktion auf die Wohnungsnot in den Städten entstanden sind. Die von Kriegszerstörungen herrührenden Defizite auf dem städtischen Wohnungsmarkt wurden durch eine starke Land-Stadt-Wanderung und somit durch eine starke Zunahme der städtischen Bevölkerung weiter verschärft. Entsprechend der daraus resultierenden Notwendigkeit, schnell und umfangreich neuen Wohnraum zu schaffen, entstanden Wohngebiete in großem Maßstab ohne besondere Beachtung qualitativer Merkmale. Heute sind diese Gebiete in zunehmendem Maße Problemen ausgesetzt, die neben technischen Mängeln auch eine soziale Komponente enthalten. Die zuständigen Wohnungsunternehmen stehen vor einem dringenden Handlungsbedarf zur Sicherung und Stabilisierung dieses Wohnungsbestandes.

Das Projekt

Vor diesem Hintergrund arbeiten seit gut einem Jahr Wohnungsunternehmen und Forschungseinrichtungen aus sieben west- und nordeuropäischen Ländern in dem von der EU geförderten Forschungsprojekt SUREURO - Sustainable Refurbishment Europe - zusammen. Das IRS stellt seine internationale Expertise zur Verfügung.

Entsprechend der skizzierten Probleme beschäftigt sich SUREURO mit den Möglichkeiten einer nachhaltigen Stabilisierung und Wei-

terentwicklung dieser Wohnungsbestände der Nachkriegszeit. An Hand von Pilotprojekten in Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Schweden sollen verschiedene Instrumente ("tools") getestet und entsprechend den Anforderungen vor Ort modifiziert werden. Sie umfassen vor allem Management- und Bewohnerbeteiligung sowie Verfahren zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit sozialer Wohnungsbestände. Aus Sicht des IRS stehen "good governance" und Netzwerke im Mittelpunkt des Interesses.

Ergebnis des insgesamt über vier Jahre (bis Februar 2004) laufenden Projektes, wird eine wissenschaftliche Datenbank sein, die den verschiedenen Akteuren im Sanierungsprozess bei der Planung und Durchführung von Erneuerungsmaßnahmen sowie der anschließenden Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes zur Verfügung gestellt wird.

Blickpunkt Osteuropa

Angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung und vor dem Hintergrund der besonderen Entwicklungen des Wohnungswesens in den letzten 50 Jahren fokussiert SUREURO auf

die spezifische osteuropäische Situation. Transnationaler Wissens- und Erfahrungstransfer als theoretische Fragestellung und als Aufgabe der Projektarbeit stehen im Mittelpunkt der IRS-Arbeiten innerhalb des SUREURO-Projektes, wobei auf bisherige Arbeiten, beispielsweise eines



"Die Platte" als weiterhin attraktive Wohnalternative in Ostmitteleuropa? Jizni Mesto in Prag, ein Gebiet mit erhöhter Wohnungsnachfrage.



In Havírov mit seiner Vielfalt zwischen 50er Jahre Siedlungen und der "Platte" wirkt sich der wirtschaftliche Niedergang so aus, dass die deutschen Debatten um Rückbau und Stadtumbau langfristige Bedeutung erhalten.

Interreg II C Projekts, aufgebaut werden kann. Neben Seminaren und Workshops werden neue Beratungsformen, aufbauend auf Expertenwissen und Informationsaustausch, über elektronische Medien erprobt.

Die direkte Anwendung von einzelnen "tools" und deren Modifizierung entsprechend der konkreten Erfordernisse und Situationen erfolgt in zwei

Sanierungsprojekten in der Tschechischen Republik in engem Austausch zwischen SUREURO und den dortigen lokalen Akteuren: der Bezirksverwaltung in Prag Jizni Mesto (Prag 11) und der städtischen Wohnungsgesellschaft MRA in Havírov/Nordmorawien.

Die tschechischen Transferprojekte Prag Jizni Mesto (Prag 11) wurde in den 70er Jahren als relativ selbständiges Subzentrum der tschechoslowakischen Kapitale mit entsprechendem infrastrukturellen und kulturellen Angebot geplant. Die Realisierung dieser Planungen wurde Anfang der 90er Jahre durch die politischen Umbrüche unterbrochen. Während ein Großteil der Wohnbauten bereits fertiggestellt war, fanden viele infrastrukturelle Einrichtungen keine Umsetzung mehr. Aus dem ursprünglich geplanten selbständigen Stadtteil wurde eine Schlafstadt, in der heute 84.000 Menschen leben.

Havírov entstand in den 50er Jahren in Zusammenhang mit der Entwicklung der Montanindustrie in der Region Ostrava. Heute leben dort etwa 88.000 Einwohner, die zu einem Großteil vom Niedergang des Bergbaus betroffen sind. Damit verbunden sind erhebliche soziale und strukturelle Probleme.

In beiden Fällen liegt der Beitrag von SUREURO vor allem bei Fragen der Einwohnerbeteiligung, der Zusammenarbeit verschiedener Besitzer und Akteure, der Förderung von Identifikation mit der Nachbarschaft und des dazugehörigen Verantwortungsbewusstseins bei den Bewohnern, des Bestandsmanagements und der Organisation und Durchführung der Sanierungsmaßnahmen.

Kontakt im IRS über: Thomas Knorr-Siedow, Tel.: 03362/793-235 und Doris Gstach, Tel.: 03362/793-245



SUREURO-Konferenz in Delft

Ein- bis zweimal jährlich wird im Rahmen des EU-geförderten Forschungsprojektes SUREURO (Sustainable Refurbishment Europe) eine internationale Konferenz zu projektrelevanten Schwerpunktthemen organisiert, um eine Plattform für Kontakte, Erfahrungsaustausch und Diskussionen zwischen den Projektteilnehmern und anderen Experten und Betroffenen zu bieten.



Amsterdam Bijlmermeer im Umbau. Abriss und Einfamilienhaus Neubau für besergestellte Interessenten auf weiten Flächen und eine "anständige" Sanierung für die restlichen Hochhäuser des einstigen Wohnmodells der Moderne.

Die dritte Konferenz dieser Art, die am 4. und 5. Oktober 2001 in Delft/Niederlande stattfand, widmete sich dem Themenkomplex "Social Sustainability" und ging der Bedeutung der sozialen Dimension in der Stadtentwicklung im Allgemeinen und speziell in Sanierungsprozessen nach. Über den Kreis der Projektbeteiligten

hinaus nahmen Vertreter von Niederländischen Wohnungsunternehmen, Praktiker des Quartiersmanagements, Politiker und Vertreter der planenden Verwaltungen teil, um anhand der vorgestellten Projekte aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und einen Austausch auf einer breiten fachlichen Basis zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt der Vorträge standen Partizipations-Modelle, Finanzierungsformen, rechtliche Rahmenbedingungen, Fördermodelle und Aspekte von Politikverflechtung und Management. Besonderen Stellenwert hatte das

Thema Partizipation, wobei klar wurde, dass es dabei nicht nur um die Verlagerung von Verantwortung, sondern auch um die Übertragung von Entscheidungsmöglichkeiten an die Bewohner gehen muss. Das in Dänemark praktizierte Modell, in dem die Mieter durch die gesetzlich geregelte Teilhaberschaft an ihren Woh-

nungsgesellschaften die Mehrheit in Entscheidungen über das Management ihrer Wohnungen besitzen, zeigt, wie weitreichend ein solcher Ansatz praktizierter Bewohnerdemokratie sein kann. Vorgestellt wurde außerdem ein Projekt über Partizipation als Mittel zur Gewaltprävention (Frankreich) und ein neues Public-Private-Partnership-Modell zur Finanzierung von Sanierungsvorhaben (England).

Das IRS, als "Internationaler Experte" am SUREURO-Projekt mit den Schwerpunkten "Cooperation Management" und "Ostmitteleuropa" beteiligt, war durch Thomas Knorr-Siedow vertreten. In seinem Vortrag "Stadterneuerung als Politik- und Managementprozess" skizzierte er die derzeitige Entwicklung in der Stadterneuerung im Vergleich zwischen der Tschechischen Republik sowie anderen ostmitteleuropäischen Ländern und den ostdeutschen Erfahrungen. Der Vortrag basierte auf den Projekten des IRS zur Zukunft der Grosssiedlungen in Mittel- und Osteuropa (INTERREG IIc), zur 'Sozialen Stadt' und zu innovativen Nachbarschaftskonzepten (NEHOM). Er ging insbesondere der Fragestellung nach, inwieweit ost-mitteleuropäische Entwicklungen im Wohnungswesen einer eigenen Logik folgen oder sich eher aufgrund von spezifischen Defiziten auf einer nachholenden Spur befinden.

Stadterneuerung befindet sich sowohl im Altbau als auch in den Plattenbaugebieten im Osten technologisch inzwischen weitgehend auf einem vergleichbaren Stand mit Westeuropa. Aber neben den immer noch gravierenden finanziellen Restriktionen für die dringend notwendige Erneuerung der

Wohnungsbestände bestehen insbesondere im allgemeinen Verständnis von der Wohnung als "einer besonderen Ware" mit sozialem Gebrauchswert deutliche Differenzen gegenüber den Staaten der EU. Insbesondere fehlen ein langfristiges wohnungswirtschaftliches Management (asset-management) und eine Einbeziehung der Bürger, die "wie die Jungfrau zum Kind" zum Eigentum ihrer früheren Mietwohnungen kamen. Dass auf diesen Feldern eine Anpassung die Vielfalt im EU-Wohnungswesen sehr wahrscheinlich ist, machen sowohl die oben genannten Referenzprojekte von SUREURO in der Tschechischen Republik (Prag und Havirov) als auch die sich entwickelnden Modelle für eine soziale Wohnungspolitik (z.B. die ersten Erfahrungen mit den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen TBS in Polen) deutlich.

Am zweiten Tag konnten die Konferenz-Teilnehmer einzelne Sanierungs- und Neubauprojekte in den Niederlanden besichtigen, die in besonderer Weise auf soziale Aspekte eingehen (wie die Situation von Migranten), auf Bildungs- und Sicherheitsaspekte und ganz speziell auf verschiedene Formen von Bewohner-Partizipation. Mit auf dem Programm stand auch die Besichtigung des niederländischen SUREURO-Pilotprojektes "Planet Neighbourhood" in Alphen aan den Rijn.

Näheres zum Programm sowie einzelne Beiträge können unter der SUREURO-Website (www.sureuro.com) nachgelesen werden. ■

Grenzüberschreitende Konsultationen bei der Erstellung von Politiken, Plänen und Programmen aller administrativer Ebenen - in Zukunft vorgeschrieben durch das Erweiterungsprotokoll der UNECE Espoo-Konvention

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen - Kommission für Europa (UNECE - *United Nations Economic and Social Council - Economic Commission for Europe*) erarbeitet derzeit ein Erweiterungsprotokoll zur sog. Espoo-Konvention für eine strategische Folgenprüfung von Politiken, Plänen und Programmen aller Entscheidungsebenen, die signifikante grenzüberschreitende Umweltauswirkungen erwarten lassen. Das Protokoll ist eingebettet in zwei internationale Konventionen, die schon in Kraft getreten sind:

1. die Konvention zur Notwendigkeit länderübergreifender Konsultationen bei Projekten mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen - die sog. Espoo Konvention - von 1991 (von Deutschland unterzeichnet, aber bislang nicht ratifiziert),
2. die Konvention über den Zugang zu Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung und dem Recht zur Einschaltung des Rechtssystems bei Entscheidungen mit Umweltauswirkungen - die sog. Aarhus-Konvention - von 1998 (von Deutschland unterzeichnet und ratifiziert).

In bisher 27 Artikeln und drei Anhängen schreibt das Protokoll die von einem Land zu ergreifenden notwendigen Schritte grenzüberschreitender Konsultationen vor für den Fall, dass signifikante Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Eine Verabschiedung des Protokolls hätte weitreichende Folgen für den Erstellungsprozess von Politiken, Plänen und Programmen auch in Deutschland. So wären angrenzende Staaten zumindest in Teilaspekten z.B. bei den regelmäßig stattfindenden Überarbeitungen des Bundesverkehrswegeplans, bzw. der Straßenverkehrspläne der Länder oder von Regional- und anderen raumrelevanten Politiken, Plänen und Programmen angemessen zu konsultieren. Geplant ist die Verabschiedung des Protokolls auf der Fünften UNECE Ministerialkonferenz in Kiew im Mai 2003.

Das IRS ist durch Thomas Fischer über die Internationale Gesellschaft für Folgeprüfungen (IAIA - International Association for Impact Assessment) an der Formulierung des Protokolls in einer dafür speziell aufgestellten *working group* beteiligt. Der Entwurf des Protokolls ist - ganz im Sinne seiner Zielstellungen - für Konsultationen offen!

Kontakt im IRS über: Thomas B. Fischer, Tel.: 03362/793-157, FischerT@irs-net.de ■

Die Isländische Staatliche Planungsagentur - Skipulagsstofnun - zu Besuch im IRS

Am 19. Oktober 2001 waren 20 Mitarbeiter der Isländischen Staatlichen Planungsagentur zu Gast im IRS. Den Besuchern wurden dabei anhand mehrerer Kurzvorträge verschiedene Aspekte der Berlin-Brandenburg-Planung, insbesondere hinsichtlich aktueller Diskussionen zu Regionalparks, kommunikativer

Planung, sowie Verkehrsplanung und -forschung vorgestellt. Ein besonderes Interesse der Gäste galt der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erstellung raum- und verkehrsrelevanter Politiken, Pläne, Programme und Projekte. Des Weiteren waren die isländischen Gäste sehr am Stand der Einführung einer strategischen Umweltfolgenprüfung (SUP) - der Ratifizierung der sog. ‚SUP-Direktive‘ des Europäischen Rats im August des laufenden Jahres folgend - in Deutschland, bzw. in Berlin-Brandenburg, sowie den damit im Zusammenhang stehenden Implikationen hinsichtlich gegenwärtiger Partizipationsprozesse in der Planung interessiert.

In der Diskussion wurde das Problem der großen Einkaufszentren - der sog. *shopping malls* - an der Peripherie von Städten, sowie andere ökonomische, soziale und ökologische Probleme Brandenburgs und Berlins erörtert. Die Gäste besaßen ein ausgezeichnetes Wissen über den internationalen Stand der Planungsdiskussion. Während man sich darüber einig war, dass ein extrem dünn besiedeltes Land wie Island (250.000 Einwohner auf der Hälfte der Fläche Deutschlands) andere Grundvoraussetzungen für die raum- und verkehrsbezogene Planung mitbringt als ein dicht besiedeltes Land Mitteleuropas, war man am Ende doch sehr über die Ähnlichkeit der in beiden Ländern diskutierten Themen erstaunt.

Beide Seiten wollen, auch im Hinblick auf potentielle EU-Forschungsprojekte, weiterhin in Kontakt bleiben.

Thomas B. Fischer ■

DDR-Städtebau im internationalen Vergleich:

7. Werkstattgespräch des IRS

Zum 7. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR trafen sich am 11./12. Oktober 2001 75 WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachdisziplinen im IRS, um über laufende Forschungsprojekte zu diskutieren. Die bisher von Holger Barth geleitete Veranstaltungsreihe wurde erstmals von Christoph Bernhardt und Thomas Wolfes organisiert und gemeinsam mit dem Schinkelzentrum der TU Berlin (Harald Bodenschatz) durchgeführt. Unter den Gästen waren auch dieses Jahr wieder zahlreiche Experten aus Architektur und Stadtplanung zu finden, wie Bruno Flierl, Wolfgang Kil oder Ruth May. Die diesjährige Konferenz weitete den Blick von der DDR auf die europäische Ebene, bezog die Epoche vor 1945 ein und präsentierte auch kultur- und politikwissenschaftliche Zugriffe auf die Untersuchung der Stadt in der DDR.

Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildete das von Harald Bodenschatz geleitete Projekt an der TU Berlin zur "Herausbildung des stalinistischen Städtebaus in der Sowjetunion um 1930". Im Vordergrund der Untersuchungen der Projektgruppe stand der Paradigmenwechsel im sowjetischen Städtebau, der um 1931 einsetzte und zu einer Neuinterpretation der Stadt jenseits der städtebaulichen Moderne führte. Der Moskauer Generalplan von 1935, vorgestellt von Christiane Post, lieferte die Grundlage für die repräsentative Umgestaltung der sowjetischen Hauptstadt, die Steffen Ott skizzierte. Die Planungen für Magnitogorsk präsentierte Uwe Altröck, Susanne Karn analysierte die Landschaftsplanung im stalinistischen Städtebau. Mit Referaten über den Wiederauf-

bau der Städte Minsk (Thomas Bohn), Breslau (Gregor Thum) und Rotterdam (Franziska Bollerey) wurde die europäische Dimension vertieft. In Breslau beispielsweise ließen sich die Versuche zur Umkodierung der ehemals deutschen zu einer polnischen Stadt mit städtebaulichen Mitteln rekonstruieren. Weitere Vorträge behandelten den Eigenheimbau in der DDR am Beispiel der Neuen Bauhaussiedlung in Dessau (Harald Kegler), die Entwicklung der Architektursprache der DDR-Moderne (Ulrich Hartung) sowie die Kontinuitäten in der Planungsgeschichte des Berliner Stadtzentrums (Benedikt Goebel) und des Industriestandortes Eisenhüttenstadt (Axel Drieschner) über politische Brüche hinweg.

Einen siedlungstypologischen Ansatz verfolgten die Referate über das Schicksal der Kleinstädte in der DDR (Christine Hannemann) und über die Industriestädte der DDR, zu denen Carsten Benke und Thomas Wolfes (IRS) erste Forschungsergebnisse vorstellten. Kultur- und erfahrungsgeschichtliche Analysen präsentierten die Vorträge über das Verhältnis von staatlicher Herrschaft und städtischen Identifikationsmustern am Beispiel der Rostocker Ostseewoche (Lu Seegers) und über den Zusammenhang von städtebaulicher Entwicklung und politischer Legitimationsbildung in Halle und Bielefeld (Albrecht Wiesener).

Insgesamt gelang es, auch wenn komparatistisch angelegte Perspektiven noch zu den Ausnahmen zählen, in den Vorträgen und Diskussionen zahlreiche Analogien, Phasenverschiebungen und auch bisher unterbelichtete Bereiche der Forschung zu erhellen. Die Veranstaltung wird im nächsten Jahr fortgesetzt; eine Publikation der Beiträge ist geplant.

Kontakt im IRS über: Thomas Wolfes, Tel.: 03362/793-281, WolfesT@irs-net.de ■

Wissenschaftliche Sammlungen des IRS: Service für die Forschung

Zwei Diplomarbeiten in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam

1. Stalinallee online: Der Bestand Stalinallee des IRS-Fotoarchivs im World Wide Web

Der Bestand "Stalinallee" der Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS erfreut sich auf nationaler und

der URL <http://fabdq.fh-potsdam.de/irs/> zugänglich.

Die technische Grundlage des neuen Systems besteht aus der Datenbank MySQL und der Skriptsprache PHP für die dynamische Generierung von Webseiten. Neben der "einfachen Suche" ermöglicht das IRS Bestandsinformationssystem auch die "Expertensuche". Dieses Formular repräsentiert die verschiedenen Felder der dahinterliegenden Datenbank. Hier kann der Nutzer neben der Suche nach Blöcken der Stalinallee, nach Begriffen im Titel oder

berlin.de) knüpft an ein vom IRS in Zusammenarbeit mit der Firma Concept Team GmbH entwickeltes Tourismuskonzept für die ehemalige Stalinallee an. Teil dieses Konzeptes sind 39 Informationstafeln, die entlang des Straßenzuges an markanten Punkten aufgestellt wurden und über Facetten aus der Geschichte des Ortes informieren. Die Textinformationen wurden in eine Datenbank übernommen und sind im Volltext erhältlich. Neben den Texten hat der interessierte Nutzer die Möglichkeit, sich ein Panoramabild des jeweiligen Standortes anzusehen.



internationaler Ebene weiterhin starken Interesses. Seit 1998 wird er im Internet präsentiert. Diese erste Version eines datenbankgestützten Zugangs zu den Bildern der Stalinallee ging aus einer Zusammenarbeit des IRS mit der Fachhochschule Potsdam hervor, die Präsentation wurde im Rahmen einer Diplomarbeit von Herbert Piechot (piechot@snafu.de) technisch wie inhaltlich verbessert. Sie ist seit August 2001 unter

der Beschreibung eines Fotos auch Abbildungstypen und Jahresangaben recherchieren. Kombinationen von mehreren Suchmöglichkeiten machen das Suchergebnis exakter.

2. Digitale Panoramabilder: Ein touristisch-historisches Informationssystem

Die Diplomarbeit von Carsten Schmidt (schmidt@caschmi.in-

Durch Klicken und gleichzeitiges Bewegen mit der Maus innerhalb eines Bildes, wird der Eindruck vermittelt, man befinde sich selbst an genau jener Stelle, an der die Bilder aufgenommen wurden.

Kontakt im IRS über: Alexander Obeth, Tel.: 03362/793-124, ObethA@irs-net.de

Kurz notiert

Stadt schafft Landschaft

Unter diesem Titel fand vom 6. bis 9. September 2001 in Potsdam eine internationale Fachtagung zur Zukunft des öffentlichen Raumes statt. Teilgenommen haben Architekten, Stadt-, Landschafts- und Grünplaner aus mehreren europäischen Ländern vor der historischen Kulisse der Potsdamer Schlösser und Gärten. Aus aktuellem Anlass der Bundesgartenschau war es das Anliegen des Veranstalters, dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld, neue Fragen und Herausforderungen der zukünftigen Gestaltung von Stadt und Landschaft aufzugreifen. In drei Sektionen diskutierten die Teilnehmer, inwieweit planerische Kategorien wie "öffentlicher Raum", "Kulturlandschaft" und "Volkspark" rückwärtsgewandte Bilder aus dem 19. Jahrhundert bzw. welchem Wandel sie in unserer heutigen Gesellschaft unterworfen sind.

Vom IRS referierte Manfred Kühn zum Thema: "Region als Stadt: neue Räume zwischen Innen und Außen, Stadt und Landschaft?". Eine Publikation der Tagung wird vorbereitet.

Kontakt im IRS über: Dr. Manfred Kühn, Tel.: 03362/793-238, KuehnM@irs-net.de. ■

* * *

Sommer-Kolleg für Doktoranden

Vom 1.-6. Oktober veranstaltete das IRS in Kooperation mit den Universitäten Dortmund, Karlsruhe und Wuppertal ein Sommer-

Kolleg für Doktoranden der Fachrichtungen Soziologie/Sozialwissenschaften und Städtebau/Architektur/Planung. Die Veranstaltung fand in der Nähe von Lucca/Italien statt. In der "Villa Fondora", eingebettet in die toskanische Hügellandschaft, fanden die TeilnehmerInnen des Kollegs Wohn- und Arbeitsräume.

Inspiziert vom genius loci setzten sich die elf Doktoranden gemeinsam mit fünf Senior Researchers mit dem disziplinübergreifenden Thema "Menschenbild" und den unterschiedlichen fachwissen-



Teilnehmer des Sommer-Kollegs in Lucca.

schaftlichen Sichtweisen dazu auseinandersetzen. Ein weiterer Themenblock befasste sich mit Kommunikationsstilen und -kompetenzen sowie Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens. Selbstverständlich stand auch eine Exkursion nach Lucca auf dem Programm. Bei einem Stadtrundgang mit Vertretern des Planungsamtes wurden die verschiedenen Entwicklungs- und Erweiterungsphasen der Stadt erläutert.

Ausdrücklich gehörte auch der Austausch außerhalb des "offiziellen" Teils zum Programm des Sommer-Kollegs. Ob beim gemeinsamen Kochen, Spaziergehen, Abendessen oder danach am

Kamin - die Gelegenheiten zum Gespräch wurden reichlich genutzt. Mit diesem Sommer-Kolleg hat das IRS eine neue Form der Förderung junger Wissenschaftler erprobt. Nach dem Erfolg der Veranstaltung ist eine Fortsetzung, möglicherweise mit Unterstützung der DFG-Nachwuchsförderung, geplant. Eine Dokumentation des Lucca-Kollegs ist in Vorbereitung. ■

* * *

Vorträge und Podiumsdiskussionen

Christoph Bernhard (Forschungsbereich B: Institutionenwandel) hielt am 28. September 2001 auf einem von der UNESCO Division of Water Sciences veranstalteten Workshop "From Potential Conflict to Cooperation Potential (PCCP)" in Koblenz einen Vortrag

mit dem Titel: "The Rhine Cooperation: A historical perspective on PCCP-processes". ■

Karl-Dieter Keim hielt am 10. Oktober 2001 auf einem Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin über Regionalisierung in Europa einen Vortrag zum Thema "Regionale Ansätze in Ostdeutschland".

Als Fachvertreter für Stadt- und Regionalentwicklung an der BTU Cottbus nahm er am 22. September 2001 im Rahmen des 2. Kommunalpolitischen Tages auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Cottbus an einer Podiums-

diskussion teil, die sich unter dem Thema "Brandenburger Städte und Gemeinden - attraktive Wirtschaftsstandorte" mit den Handlungsmöglichkeiten der brandenburgischen Kommunen gegenüber den aus den demographischen und ökonomischen Veränderungen entstehenden Problemen befasste.

Des Weiteren moderierte *K.-D. Keim* am 10. November 2001 ein Podiumsgespräch auf der diesjährigen Veranstaltung des Forums Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. in Groß Gaglow bei Cottbus zum Thema "Vom Wohnungsleerstand zum Stadtbau der ostdeutschen Städte". ■

* * *

Auf Einladung des PR KOLLEG BERLIN hielt *Gerhard Mahnken* am 18. Oktober 2001 einen Vortrag "Zwischen Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Politikberatung - das Profil des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung." Das PR KOLLEG ist eine Bildungs- und Consulting-Einrichtung, die 1997 als Tochtergesellschaft des Potsdam Kolleg für Kultur und Wirtschaft gegründet wurde; es ist in den Kompetenzfeldern Integrierte Kommunikation und Unternehmenskommunikation aktiv. ■

* * *

Auf Einladung der ARL nahmen *Karl-Dieter Keim* (Direktor) und *Hans Joachim Kujath* (Forschungsbereich A: Regionalisierung von Metropolräumen) an einem gemeinsam mit dem BBR veranstalteten Zukunftsforum RaumPlanung am 15. und 16. November 2001 in Bonn teil. Hans Joachim Kujath trug auf einem

Podium über "Steuerungsmöglichkeiten der räumlichen Entwicklung" regionalwissenschaftliche Ergebnisse der IRS-Forschungen vor; *Karl-Dieter Keim* äußerte sich auf einem anschließenden Podium über "Raumplanung ohne öffentliches Interesse?" zu den Bedingungen der Öffentlichkeitswirksamkeit der raumwissenschaftlichen Forschung und unterschied deren Kontext von den Möglichkeiten der unter anderen Vorzeichen antretenden Planungspraxis. ■

* * *

Zu Gast im Forschungskolleg

Eine junge albanische Soziologin und Dozentin an der University of Tirana, *Mirela Dalipaj*, ist derzeit zu einem Studienaufenthalt am IRS. Finanziert wird ihre dreimonatige Forschungstätigkeit in Deutschland einschließlich eines Praktikums bei einer Berliner



Wohnungsbaugesellschaft von der Schader-Stiftung in Darmstadt, einer Einrichtung, die den Dialog zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis unterstützt und fördert.

Mirela Dalipaj arbeitet am IRS zu Fragen der postsozialistischen stadtstrukturellen Entwicklung, zu

Fragen des Wohnungswesens und nationaler bzw. lokaler Wohnungspolitik in den MOE-Transformationsländern. Daher wird ihre Forschungsarbeit von der Abteilung *Siedlungsstrukturelle Entwicklung*, insbesondere von *Thomas Knorr-Siedow*, inhaltlich betreut. Einen thematische Anknüpfungspunkt bietet u.a. das EU-Projekt *Sustainable Refurbishment SUREURO* (vgl. dazu zwei gesonderte Beiträge in dieser Ausgabe).

Ziel des Gastaufenthalts ist es, die stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Situation in Albanien vergleichend mit der in den ostdeutschen Bundesländern und darüber hinaus mit weiteren ostmitteleuropäischen Transformationsländern zu betrachten, aktuelle Konflikte zu analysieren sowie Strategien und Verfahren zu deren Lösung aufzugreifen. Sowohl die Schader-Stiftung als auch das IRS, insbesondere im Kontext des vom Institut selbst initiierten Netzwerkes Civil Society and Spatial Development in South-East Europe, sind sehr daran interessiert, einen substantiellen Einblick zu erlangen in die komplizierte Umbruchsituation auf dem albanischen Wohnungsmarkt, in die Struktur der Eigentumsverhältnisse und in das herrschende Planungs- und Baurecht. Dasselbe gilt für die Migrationsprozesse zwischen Stadt und Land sowie nicht zuletzt für die zivilgesellschaftliche Entwicklung dieses eher am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden Landes.

Kontakt zum Forschungskolleg über *Christiane Joerk*, Tel.: 03362/793274, JoerkC@irs-net.de ■

Neu im IRS

Gabriela Rembarz arbeitet seit dem 15. Oktober im IRS. Nach dem Diplom an der Architektur fakultät der Politechnika Gdanska in Polen, studierte sie Städtebau an der Universität Stuttgart (DAAD Stipendiatin) und an der Politechnika Warszawska. Sie ist selbstständige Stadtplanerin und Dozentin an der Politechnika Gdanska im Institut für Stadtentwicklung. Parallel zur planerischen Praxis beschäftigt sie sich wissenschaftlich mit der Gestaltung des öffentlichen Raums. In ihrer Dissertation befasst sie sich mit der Sanierung von Plattenbausiedlungen.

Als Stipendiatin des DAAD wird sie in den nächsten Monaten im IRS forschen, um die Erfahrungen des Umbaus von ostdeutschen Wohnsiedlungen kennen zu lernen. Die Ergebnisse ihrer Doktorarbeit sollen der kommunalen Politik der Stadt Gdansk zur Verfügung gestellt werden. ■



Seit dem 15. August 2001 ist **Stephan Feldhaus** als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Planungsgeschichte und Regionalkultur des IRS beschäftigt. Im Rahmen des BMBF-Programms "Stadt 2030" wirkt er am Modellvorhaben "Beeskow 2030" mit. Er studierte Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin und

war während seines Studiums über vier Jahre als studentische Hilfskraft mit Lehraufgaben am Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der TUB tätig. Er beschäftigte sich vornehmlich mit informellen Partizipationskonzepten sowie Transformationsprozessen in Wohnquartieren unterschiedlicher Bauepochen. Auch bildete die seit den 90er Jahren intensiv geführte Diskussion um eine Renaissance der integrierten Stadtentwicklungsplanung einen seiner Arbeitsschwerpunkte. Im vergangenen Jahr war Stephan Feldhaus als freier Mitarbeiter an der Erstellung eines Gutachtens zu wohnungspolitischen Selbsthilfeprojekten für die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beteiligt. ■



* * *

53. Geographentag: Gemeinsame Ausstellung der vier raumwissenschaftlichen Leibniz-Einrichtungen

Während des 53. Deutschen Geographentages präsentierte sich das IRS vom 29. September bis 03. Oktober 2001 (über die angebotenen Fachvorträge hinaus) mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL), dem Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden (IÖR) und - last but not least - mit dem federführenden Institut für Länderkunde, Leipzig (IfL) im Rahmen einer Ausstellung vor 2000(!) Ta-

gungsteilnehmern aus Schulen, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie aus dem politisch-administrativen Raum.

Dem IfL ist für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung dieser gemeinsamen Präsentationsplattform für die vier raumwissenschaftlichen Leibniz-Einrichtungen an dieser Stelle ausdrücklich zu danken! ■

14. Regionalgespräch: Brandenburg und Europa

Mit den Herausforderungen und Chancen der bestehenden EU-Erweiterung für Brandenburg befassten sich die TeilnehmerInnen des 14. Regionalgesprächs am 14. November 2001 im IRS. Tenor: Das Land Brandenburg sollte sich noch stärker auf eine Kommunikationspolitik einlassen, die die Bürgerinnen und Bürger dort "abholt", wo sie sich "verortet" fühlen (vgl. auch das Schwerpunktthema in dieser Ausgabe). Die nächsten beiden Regionalgespräche werden sich im Frühjahr und Herbst 2002 dem



Jochen Bethkenhagen (Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg) und Bettina Morhard (Europa-Universität) im "Regionalgespräch".

Thema EU-Erweiterung weiter widmen.

Kontakt im IRS über: Gerhard Mahnken, Tel.: 03362/793-113, MahnkenG@irs-net.de ■

Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der WGL/Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Forschungsverbund am Wissenschaftsstandort Hannover

Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaftswelt, die Regionalisierung der Lebenswelten und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Raumentwicklung rücken Raumforschung und Regionalentwicklung stärker in das Blickfeld. Die Region Hannover zeichnet sich durch eine hohe Dichte anerkannter wissenschaftlicher und administrativer Einrichtungen aus, die sich in der Orts-, Regional- und Landesentwicklung und in wichtigen Fachpolitiken engagieren.

Im letzten Jahr hat unter der Federführung des Sekretariats der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) eine Vorbereitungsgruppe damit begonnen, ein Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover einzurichten. Es wurde am 3. September 2001 mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung gegründet. Damit wurde zugleich eine Anregung aus der Wissenschaftspolitik aufgegriffen, die Zusammenarbeit zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen am jeweiligen Standort in der Zukunft zu intensivieren und auszubauen.

Das Kompetenzzentrum bündelt mit der ARL, der Universität Hannover und außeruniversitären Einrichtungen aus Forschung, Verwaltung und Wirtschaft ein für den norddeutschen Raum einzigartiges Potenzial am Wissenschaftsstandort Hannover. Es bildet ein interdisziplinäres Netzwerk und Forum für den Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit.

Ziele und Aufgaben

Ziele des Netzwerkes sind der wechselseitige Wissenstransfer, der Aus-

tausch von Informationen und Erkenntnissen, die Bündelung des raumwissenschaftlichen Know-hows und die Zusammenarbeit der beteiligten Einrichtungen bei gemeinsam interessierenden Fragestellungen.

Die Aufgaben des Kompetenzzentrums liegen in der gemeinsamen Forschung und Ausbildung sowie im regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch; hierzu gehören insbesondere:

- Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für Studierende und für die Praxis; in einem ersten Baustein geht es um Regionalmanagement,
- Sondierung gemeinsamer Forschungsinteressen und die disziplinübergreifende Bearbeitung konkreter Vorhaben in Forschung und Praxis,
- gemeinsame Nachwuchsförderung, Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Profilierung des Standortes, beispielsweise raumwissenschaftliche Veranstaltungen und andere Marketingmaßnahmen.

Das Interesse der interdisziplinären Forschung und Weiterbildung ist auf alle raumwissenschaftlichen und regionalentwicklungspolitischen Zusammenhänge gerichtet. Wesentliche Teilbereiche der grundlagen- und anwendungsorientierten Betrachtung sind beispielsweise:

- Raumwirksame gesellschaftliche Prozesse
- Räumliche Ressourcen und Potenziale
- Ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Grundlagen der Stadt- und Regionalentwicklung und der räumlichen Planung
- Instrumente, Konzepte und Prozesse der Raumentwicklung und Raumplanung, des Planungsmanagements und -marketings.

Mitglieder des Netzwerkes

Mitglieder des Kompetenzzentrums können Einrichtungen der Universität und Einrichtungen außerhalb der Hochschule werden, die in Stadt und Region Hannover ihren Sitz haben, sich mit Fragen der Raumforschung und Regionalentwicklung in Wissenschaft und Praxis befassen und sich für

die Ziele und Aufgaben des Netzwerkes engagieren.

Die Arbeit des Kompetenzzentrums wird von einem dreiköpfigen Sprecherrat (Vorstand) koordiniert. Vorstandsvorsitzender ist der Generalsekretär der ARL, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich. Er wird von Prof. Dr. Barbara Zibell, Institut für Architektur und Planungstheorie der Universität Hannover, und Dr.-Ing. Jörg Knieling, KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR in Hannover, unterstützt.

Partner im Kompetenzzentrum sind zurzeit:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) - Sekretariat Universität Hannover

- Geographisches Institut
- Historisches Seminar
- Institut für Architektur- und Planungstheorie
- Institut für Freiraumplanung und planungsbezogene Soziologie
- Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur
- Institut für Landesplanung und Raumforschung
- Institut für Landschaftspflege und Naturschutz
- Institut für Politische Wissenschaft (AG Interdisziplinäre Sozialforschung)
- Institut für regionale Architektur und Siedlungsplanung
- Institut für Städtebau, Wohnungswesen und Landesplanung

sowie folgende Einrichtungen außerhalb der Hochschule

- Fachhochschule Hannover
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH
- Kommunalverband Großraum Hannover
- KoRiS Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung GbR
- Niedersächsisches Institut für Historische Regionalforschung e.V.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
- Planungsgruppe Ökologie und Umwelt
- Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V.

Veröffentlichungen

- BERNHARDT, Christoph (Hrsg.): Environmental Problems in European Cities in the 19th and 20th Century. Umweltprobleme in europäischen Städten des 19. und 20. Jahrhunderts. Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Band 14. Waxmann, 2001. - 231 Seiten
- CASPAR, J. ; HEINRICH, Caroline ; KÖCK, N. ; KRÖMMELBEIN, S. ; SCHMID, A. ; SCHULZ, A. (2001): Globalisierung und regionaler Arbeitsmarkt - Beschäftigungseffekte informations- und kommunikationstechnologischer Unternehmensnetzungen am Beispiel der Region Rhein-Main, München; Mering. - 199 Seiten
- Dybe, Georg; Kujath, Hans Joachim: Economic Clusters and Regionalised Input-Output Tables. In: Wilhelm Pfähler (Hrsg.): Regional Input-Output Analysis. Conceptual Issues, Air Port Case Studies and Extensions. Baden-Baden 2001, S. 247-264
- HEINRICH, Caroline: Außenwirtschaft und regionale Spezialisierung: Das Beispiel Hessen. In: Esser, J. ; Schamp, E. (Hrsg): Metropolitane Region in der Vernetzung: Der Fall Frankfurt/Rhein-Main, Frankfurt/Main, 2001, S. 27-74
- HEINRICH, Caroline: Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Integration des Wirtschaftsraums, unter besonderer Berücksichtigung regionaler Beschäftigung: Empirische Analysen am Beispiel der Rhein-Main-Region, Marburg, 2001. – 279 Seiten (Dissertation)
- KUJATH, Hans Joachim: Regionsbildung als raumbezogener Interaktionsprozess. In: Heinz Kleger (Hrsg.): Gemeinsam einsam: Die Region Berlin Brandenburg. Münster, Hamburg, London 2001, S. 95-112
- MAHNKEN, Gerhard: Überm Dikicht der neuen Transparenz. Integrierte Kommunikation als Verständigungskonzept für wissenschaftsbasierte Institutionen. In: Wissenschaftsmanagement. Zeitschrift für Innovation. Heft 4/2001 - Juli/ August 2001. S. 6 - 14
- Moss, Timothy (2001): Alltagsakteure im Umweltschutz. Kommentare aus Sicht der Ver- und Entsorgung. In: Rainer Mackensen und Wolfgang Serbser (Hg.): Akteure beim Bodenschutz. Präliminarien und Annäherungen an sozialwissenschaftliche Zugänge. Leske + Budrich, Opladen, S. 258-261
- WEITH, Thomas: Konversionsmanagement - Gemeinsame Interessen. In: Der Gemeinderat spezial, Oktober, 2001, S. 38-39

Lehrveranstaltungen von IRS-Wissenschaftlern im Wintersemester 2001/2002

- **Adalbert Behr**
Blockveranstaltung: Schutz europäischer Kulturgüter: Nachhaltige Stadtentwicklung
Ort: Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Collegium Polonicum in Slubice
Zeit: November 2001 und Februar 2002, Veranstaltung des postgradualen Master-Studiengangs (Insgesamt 20 Stunden)
- **Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner**
Projektseminar: Mobilität und Lebensstile in Metropolitanregionen
Ort: Universität Potsdam, Institut für Geographie
Zeit: Oktober 2001 bis Februar 2002 (2 SWS)
- **Prof. Dr. Werner Rietdorf**
Seminar: Entwicklung von Großsiedlungen
Ort: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Lehrstuhl für Stadtplanung und Raumgestaltung
Zeit: Wintersemester 2001/02 (2 SWS)
- Weitere Lehrveranstaltungen siehe IRS aktuell Nr. 33.

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

“Grenzstädten fehlt ‘Neugier aufs Fremde’ ... Die deutschen Bewohner der Grenzregion stehen einem EU-Beitritt Polens wesentlich ablehnender gegenüber als ihre polnischen Nachbarn. Dies belegt eine Studie des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, die in der deutsch-polnischen Doppelstadt Guben/Gubin durchgeführt wurde ... In vielen deutschen Kommunen in der Grenzregion würden die Vorbehalte in der Bevölkerung durch die lokalen Eliten zudem noch verstärkt ... sagte Matthiesen. ‘Es herrscht dort eine gewisse Ratlosigkeit angesichts der neuen Herausforderungen.’ Institutsleiter Karl-Dieter Keim hält es für nötig, dass die Kommunen bei der Bewältigung der EU-Osterweiterung wissenschaftlich beraten werden. ‘Das sollte die Landesregierung einmal prüfen’, sagte er ...” (Berliner Zeitung, 27.09.01)

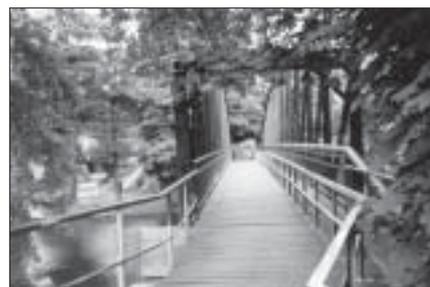
“Kaum Kooperationen zwischen Polen und Brandenburg. Euroskepsis und Angst vor der EU-Osterweiterung: Ergebnisse des Instituts für Regionalentwicklung ... Die Entwicklung in der Grenzregion zwischen Brandenburg und Polen geht nur stockend voran. Symbolische Akte der Bundespolitik kommen in der Bevölkerung nicht an. Statt dessen breiten sich Euroskepsis und die Angst vor der EU-Osterweiterung weiter aus. Zu diesem Schluss kommt das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner. In mehreren Projekten haben die Wissenschaftler die Einstellung der Menschen und der Wirtschaft entlang der polnischen Grenze untersucht. ‘Die Kommunen haben zum Teil relativ problematische Vorstellungen, was durch die EU-Osterweiterung auf sie zukommt’, so der Direktor des Instituts Prof. Karl-Dieter Keim ... Ulf Matthiesen warnt deshalb vor einem Realitätsverlust symbolischer Europapolitik. ‘Erst vor Ort sieht man, was an grenzüberschreitenden Kooperationen funktioniert und welche Probleme die Osterweiterung mit sich bringt.’ ... ‘Eine Chipfabrik heißt noch nicht, dass die Region aus dem Schneider ist’, so Prof. Hans-Joachim Bürkner. ‘Zwar gibt es einige Ausnahmen, aber ein Trend zu mehr Kooperation lässt sich nicht feststellen’ ...” (Potsdamer Neueste Nachrichten, 10.10.01)

“Experten bewerten Stadt bezüglich Denkmalschutz ... Die Denkmalschutz-Tagung am kommenden Dienstag, 23. Oktober, im Vitalpark von 9 bis 14 Uhr mit einem problemorientierten Stadtrundgang findet in Zusammenarbeit der Stadt Heiligenstadt und des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung ... statt. Es handelt sich um ein Arbeitstreffen der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz, wie die Stadt gestern mitteilte ...” (Thüringische Landeszeitung, 19.10.01)

“... Wahrscheinlich hat Manfred Kühn vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Recht, wenn er der Landschaft nicht die integrative Funktion zuspricht, ganz anders als Tom Sieverts in seinem Zwischenstadtmodell. Aber was ist denn die Landschaft? Haben Stadtplaner und Architekten immer noch Mühe, auch die bebaute Fläche als Landschaft zu betrachten? Suchen sie die Lösungen der Probleme in ‘der Natur’, ‘im Grün’? Es fiel die Phrase ‘Verlandschaftung der Städte’. Wer bekäme da nicht Angst? ...” (Garten + Landschaft, Oktober 2001)

“Grenzregionen brauchen Unterstützung. IRS Erkner stellt wachsende Kluft zwischen Vereinigungspolitik und Grenzalltag fest ... Kurz vor der EU-Osterweiterung erschweren große Hindernisse und Ängste auf beiden Seiten die Annäherung in den deutsch-polnischen Grenzregionen. Darauf weisen Wissenschaftler des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin hin. ‘Derzeit wächst die Distanz zwischen den oberen Ebenen von Vereinigungspolitik gegenüber den Problemen vor Ort’, bilanzierte Ulf Matthiesen, Leiter eines Forschungsprojekts über Zusammenleben in Guben/Gubin, erste Ergebnisse ... Professor Hans-Joachim Bürkner, IRS, beschrieb die wachsende Verunsicherung der Unternehmen der Grenzregion vor der Osterweiterung. Kooperationen seien auf einzelne Firmen beschränkt, Konkurrenzängste und Abschottungstendenzen bei lokal verankerten Betrieben häufig ... IRS-Leiter Professor Karl-Dieter Keim hält daher die stärkere Vernetzung der deutsch-polnischen Grenzregionen für unabdingbar und kündigte einen Vorstoß bei der Landesregierung an ...” (Demokratische Gemeinde, November 2001)

Das Institutsgebäude an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Min. zu erreichen.



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS.

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 34 Januar 2002
ISSN 0944-7377

Herausgeber: IRS/Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken (verantwort.)
und Petra Koch

DTP: Elvira Albrecht,
Dr. Barbara Christ

Fotos: S. 3, 4, 12, 13, 16, 22: IRS

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: MahnkenG@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druckerei: Schulz, Berlin-Wilhelmshagen